Satzung
des Landkreises Bad Dürkheim vom
zur Änderung der
Hauptsatzung des Landkreises Bad Dürkheim vom 26. März 2003

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 09. Juli 2004 aufgrund

der §§ 11b, 11e, 12, 17, 18, 20, 25, 27a, 37, 38, 40a, 40b, 41 und 44 der Landkreisordnung (LKO) in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 188), BS 2020-2, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Landesgesetzes vom 22.12.2003 (GVBl. S. 390),
der §§ 2 und 3 der Landesverordnung zur Durchführung der Landkreisordnung (LKO DVO) vom 21. Februar 1974 (GVBl. S. 102), BS 2020-2-1, zuletzt geändert durch LVO vom 24. Oktober 1994 (GVBl. S. 420), und
der §§ 2, 3, 4, 5, 7 und 15 der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter vom 27. November 1997 (GVBl. S. 435), BS 2020-4, zuletzt geändert durch Landesverordnung (LVO) vom 18.09.2001 (GVBl.S. 252),
der §§ 7, 9 und 10 der Landesverordnung über die Besoldung und Dienstaufwandsentschädigung der hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit (Kommunal-Besoldungsverordnung - LKomBesVO -) vom 15. November 1978 (GVBl. S. 710), BS 2032-9, zuletzt geändert durch LVO vom 28.08.2001 (GVBl. S. 210),
der §§ 8, 10 und 11 der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung vom 12. März 1991 (GVBl. S. 85), BS 213-50-3, zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 30.10.2001 (GVBl. S. 275),
des § 25 des Landeskrankenhausgesetzes (LKG) vom 28. November 1986 (GVBl. S. 342), BS 2126-3, zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 21.07.2003, (GVBl. S. 167),

folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung beschlossen:

Artikel I

§ 3 der Hauptsatzung wird wie folgt geändert:

§ 3

Ausschüsse des Kreistags

- (1) Der Kreistag bildet neben dem Kreisausschuss folgende weitere Ausschüsse:
1. Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss
 2. Krankenhausausschuss
 3. Sozial- und Gesundheitsausschuss
 4. Ausschuss für Öffentlichen Personennahverkehr, Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr
 5. Ausschuss für Abfallwirtschaft
 6. Rechnungsprüfungsausschuss
 7. Jugendhilfeausschuss
 8. Schulträgerausschuss
- (2) Die Ausschüsse nach Absatz 1 Ziffer 1 – 6 setzen sich entweder nur aus Mitgliedern des Kreistags oder aus Mitgliedern des Kreistags und sonstigen wählbaren Kreiseinwohnern zusammen; die Hälfte der Mitglieder eines Ausschusses sollen jedoch Kreistagsmitglieder sein.
- (3) Die Ausschüsse nach Absatz 1 Ziffer 1 - 6 bestehen aus 14 Mitgliedern. Zusammensetzung und Mitgliedsstärke des Jugendhilfeausschusses ergibt sich aus der Satzung des Kreisjugendamtes. Der Schulträgerausschuss hat 14 Mitglieder. Hinzu kommen für jede Schulart (Gymnasium, Realschule, Berufsbildende Schule, Sonderschule) je ein an diesen Schulen tätiger Vertreter der Lehrer und der Eltern der Schüler. Ferner gehören bezüglich der Berufsbildenden Schule dem Schulträgerausschuss ein Arbeitnehmervertreter und ein Arbeitgebervertreter an. Absatz 2 findet Anwendung.
- (4) Die Ausschüsse haben folgende Aufgaben:

1. Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss

Beratend:

Hoch- und Tiefbaumaßnahmen des Landkreises und solche Baumaßnahmen, an denen der Landkreis beteiligt ist, ausgenommen Kreisstraßen.
Angelegenheiten des Weinbaues, der Landwirtschaft und des Umweltschutzes, soweit sie in den Selbstverwaltungsbereich des Landkreises fallen und nicht zum Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Abfallwirtschaft gehören.

Entscheidend:

Sämtliche Vergaben von Baumaßnahmen, soweit dies nicht in die Zuständigkeit des Kreisausschusses, des Abfallwirtschaftsausschusses oder des Krankenhausausschusses fällt, bzw. eine Aufgabe der lfd. Verwaltung (Vergaben bis 25.000,-- €) ist. Die Entscheidung über die Vergabeart obliegt der Verwaltung.

2. Krankenhausausschuss

Die in der Betriebssatzung für das Kreiskrankenhaus Grünstadt festgesetzten Aufgaben.

3. Sozial- und Gesundheitsausschuss

Beratend:

Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Gesundheitswesens, soweit dies nicht eine Aufgabe der laufenden Verwaltung ist.

Entscheidend:

Kreisrichtlinien zur einheitlichen Wahrnehmung und Umsetzung der Aufgaben im Sozialhilfebereich.

4. Ausschuss für Öffentlichen Personennahverkehr, Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr

Beratend:

Maßnahmen des Landkreises, die eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur oder punktuelle Unterstützung einzelner Wirtschaftsvorhaben zum Ziele haben, Förderung des Fremdenverkehrs und der Weinwerbung, Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Entscheidend:

Vergabe von Aufträgen im Bereich ÖPNV, Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr, soweit dies nicht eine Aufgabe der lfd. Verwaltung (Vergaben bis 25.000,-- €) ist. Die Entscheidung über die Vergabeart obliegt der Verwaltung.

5. Ausschuss für Abfallwirtschaft

Beratend:

Erstellung und Fortschreibung eines Abfallwirtschaftskonzeptes mit Zielen und Maßnahmen der Abfallvermeidung sowie Abfallverwertung, Maßnahmen zur Abfallvermeidung, Methoden, Anlagen zur Einrichtung der Abfallverwertung und der sonstigen Abfallentsorgung. Abschließende Vorberatung der Wirtschaftspläne und Jahresberichte der Abfallentsorgungseinrichtung.

Entscheidend:

Sämtliche Vergaben von Aufträgen im Bereich der Abfallwirtschaft sowie der Abfallvermeidung und der Abfallverwertung (Baufaufträge, Planungsaufträge usw.) soweit dies nicht eine Aufgabe der lfd. Verwaltung (Vergaben bis 25.000,-- €) ist. Die Entscheidung über die Vergabeart obliegt der Verwaltung.

6. Rechnungsprüfungsausschuss

Die in § 57 Landkreisordnung i.V.m. § 110 Abs. 1 Gemeindeordnung festgesetzten Aufgaben.

7. Jugendhilfeausschuss

Die in § 71 Abs. 3 Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfe) festgesetzten Aufgaben.

8. Schulträgerausschuss

Die in § 90 Abs. 1 Schulgesetz (SchulG) festgesetzten Aufgaben.

- (5) Eine weitergehende abschließende Beschlussfassung kann im Einzelfall vom Kreistag auf die Ausschüsse übertragen werden.
Die Vorschrift des § 25 Abs. 2 der Landkreisordnung bleibt unberührt.

Artikel II

§ 8 Abs. 2 der Hauptsatzung wird wie folgt geändert:

- (2) Der/Die ehrenamtliche Kreisbeigeordnete, dem/der ein bestimmter Geschäftsbereich übertragen ist, erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 75 Prozent des Höchstsatzes nach der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter (KomAEVO) in der jeweils gültigen Fassung.

Artikel III

§ 12 der Hauptsatzung wird wie folgt geändert:

§ 12 Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt am Tag nach der Öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.